

Bargeldverbot: Wirtschaftspolitische Utopie im Zeitalter unorthodoxer Geldpolitik¹



HENRIQUE SCHNEIDER ² • Dezember 2015

In jüngster Vergangenheit haben verschiedene Ökonomen ein Bargeldverbot vorgeschlagen. Dafür geben sie immer wieder andere Gründe an. Willem Buiter, Chefökonom der Bank Citicorp, argumentiert mit der Technologie und sagt, dass die Benützung von Bargeld etwa so anachronistisch sei, wie wenn man heute noch mit Öllampen beleuchten würde.³ Aus der Perspektive einer Bank ist dieses Urteil rational, denn die Haltung von Bargeld für ihre Kunden verursacht Kosten, während die Bank für die Benützung elektronischer Zahlungssysteme Gebühren einnimmt. Kenneth Rogoff, ein Ökonom, der in der Tradition der antizyklischen Wirtschaftspolitik steht, d.h. einer Wirtschaftspolitik, die für Interventionen des Staates in die Konjunktur plädiert, argumentiert mit der Bekämpfung von Schwarzgeld und Schwarzarbeit. Nach ihm hat Bargeld in einer Welt mit Null-Inflation und (Steuer-)Kriminalität keine Berechtigung.⁴ Ähnlich äusserte sich der ehemalige Ökonom der Bank of England, Jim Leaviss, der in einem Artikel ausführte, dass eine bargeldlose Gesellschaft ausschliesslich dadurch erzielt werden würde, dass „jeder dazu gezwungen wird, dass er nur elektronisches Geld von einem Konto auf einer Bank, die durch die Regierung betrieben wird, ausgeben kann“, ein Konto das dann „durch die Regierung überwacht oder direkt kontrolliert wird“. Sein Ziel ist, so die Konjunkturschwankungen zu eliminieren.⁵

Je für sich genommen haben die oben erwähnten Argumente möglicherweise eine Berechtigung. Aus der betriebswirtschaftlichen Perspektive der Bank ist es sinnvoll, den zusätzlichen Erträgen nachzugehen. Ein Bargeldverbot könnte auch dazu dienen, Schwarzgeldflüsse genauer zu kontrollieren. Doch sie helfen nicht bei der Erklärung, warum es überhaupt Schwarzgeld gibt (möglicherweise wegen enteignenden Steuern). Rogoff scheint sich auch nicht bewusst zu sein, dass „Schwarzflüsse“ auch andere Kanäle nutzen können. Im Übrigen ist auch fraglich, ob seine Annahme, die Inflation bleibe „auf absehbarer Zeit“ sehr tief, zutrifft. Nun: Wenn, wie hier ansatzweise geschehen, diese Argumente genauer untersucht wer-

¹ Dank für Anregungen und Kritik an Pierre Bessard und Katharina Faulak.

² Ökonom.

³ <http://www.bloomberg.com/news/articles/2015-04-10/citi-economist-says-it-might-be-time-to-abolish-cash>

⁴ Kenneth Rogoff: Cost and Benefit of Phasing out Paper Currency. Presented at NBER Macroeconomics Annual Conference, April 11, 2014.

⁵ http://www.nytimes.com/2009/04/19/business/economy/19view.html?_r=1&. Schon vor Mankiw kamen Keynesianer auf die Idee, bspw. der deutsche Ökonom Silvio Gsell.

den, entpuppen sie sich als Rationalisierungen, d.h. sie versuchen, eine Idee zu rechtfertigen, anstatt sie zu begründen.

Leaviss ist in der Zielsetzung viel direkter (oder: ehrlicher). Er will die Konjunkturzyklen eliminieren, indem er den privaten Charakter der Ausgabenentscheidung eliminiert. Wenn die Regierung jederzeit Zugriff auf individuelle Konti hat, kann sie Individuen zum Konsum zwingen. Immer wenn Schwächezeichen aus der Wirtschaft kommen, könnte die Regierung den Individuen und Unternehmen Konsum verordnen. Möglicherweise ist diese Idee abstrus, doch sie kommt der keynesianischen Urmotivation für das Bargeldverbot am nächsten.

Deshalb ist es angebracht, auf ihre keynesianische Reinform zurückzugehen. Keynesianische Reinform bedeutet, den Konsumaspekt in den Mittelpunkt zu stellen. Als Keynesianismus bezeichnet man eine Denkrichtung innerhalb der Volkswirtschaftslehre, die sich aus der Wirtschaftslehre des Nationalökonomen John Keynes und der von ihm an der Neoklassik geübten Kritik entwickelt hat. Der Begriff wird häufig auch synonym für eine interventionistische, primär am Ziel der Sicherung von Vollbeschäftigung orientierte staatliche Wirtschaftspolitik verwendet.⁶ Heute bildet die sogenannte keynesianisch-neoklassische Synthese die Hauptströmung der Volkswirtschaftslehre. Keynesianische Interventionsinstrumente werden mit der formalen Analyse der Klassik begründet sowie – mindestens nominell – auf ordnungspolitische Ziele ausgerichtet.⁷

Beim Bargeldverbot geht es also um Konsumankurbelung, damit stetiges Wirtschaftswachstum und damit Vollbeschäftigung garantiert werden können. Dabei ist die Idee eines Bargeldverbots nichts Neues. Gregory Mankiw, einer der führenden zeitgenössischen Keynesianer, ist ein Pionier darin. Seine Idee, die er 2009 veröffentlicht hat: In einem Umfeld mit negativen Leitzinsen könnten Zentralbanken ankündigen, jährlich eine Zahl zwischen 0 und 9 in einem Lotterieverfahren zu bestimmen. Alle Banknoten, deren Registrierungsnummern auf diese Zahl enden, wären dann ungültig.⁸

Jeder Akteur, der im Besitz von viel Bargeld ist, müsste dann fürchten, in einem Jahr einen Zehntel seines Vermögens zu verlieren. Mit einem Mal würden Nullzinsen oder sogar negative Renditen attraktiv. Mankiw schreibt: „Die Menschen wären entzückt, Geld zu minus drei Prozent zu verleihen, denn drei Prozent zu verlieren ist besser, als zehn Prozent zu verlieren.“⁹

Mankiw führt ein weiteres Argument an, das interessanterweise sogar ein Körnchen liberaler Theorie enthält. Bargeld zu halten, verursacht Kosten. Wie hoch diese sind, bleibt im Dunkeln. In diesem Sinne wird im Mankiw'schen Vorschlag der Kostensatz der Bargeldhaltung für alle Marktakteure transparent gemacht. Sie gewärtigen das Risiko von 10% Enteignung. Durch mehr Information entstehen mehr

⁶ <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/keynesianismus.html>

⁷ <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/neoklassische-synthese.html>

⁸ http://www.nytimes.com/2009/04/19/business/economy/19view.html?_r=1&

⁹ Ebd. (Übersetzung des Autors).

Rationalität und bessere Allokationsentscheide. Auf die Kritik dieses Arguments werden wir noch zurückkommen.

Institutionen des Bargeldverbots

Es ist eine Ironie der Geschichte, dass ausgerechnet Liberale sich heute fürs Bargeld einsetzen. Denn liberale Ökonomen gehören zu den schärfsten Kritikern der Papier-, Baumwoll- oder Plastikwährung, kurz, des Fiatgelds (d.h. eines Objektes ohne intrinsischen Wert, das als Tauschmittel dient). Liberale misstrauen Fiatgeld, weil es üblicherweise die Monopolstellung eines Akteurs voraussetzt. In diesem Fall ist die Skepsis noch grösser, denn das Monopol wird durch eine politisch tätige Institution aufrechterhalten und kontrolliert: Zentralbanken.¹⁰

Gemeinhin wird dem Ökonomen Thorsten Veblen die Begründung der institutionellen Schule der Ökonomie zugeschrieben, d.h. er machte darauf aufmerksam, dass das Marktgeschehen von und in Institutionen stattfindet. Auch Liberale haben dies gesehen, aber anders beschrieben. Sie haben erkannt, dass auch Institutionen nutzenmaximierende und selbstmotivierte – also egoistische – Akteure sind. Liberale Nobelpreisträger wie James Buchanan und Vernon Smith haben empirisch gezeigt, dass Staatsinstitutionen zwar nicht immer die ökonomischen Vorteile ihrer Monopolstellung ausnützen – dies würde ihre Legitimität stark in Frage stellen –, doch ihre ökonomische Monopolstellung dazu benutzen, politische Ziele zu verwirklichen.¹¹

Ein Blick auf die Tätigkeiten der Zentralbanken in den vergangenen Jahren verdeutlicht dies. Das US-amerikanische Bundesbank-System hat ein zweifaches Mandat. Auf der einen Seite ist es der Währungsstabilität verpflichtet, auf der anderen der Vollbeschäftigung. Das zweite Mandat beauftragt die Fed geradezu, politisch zu agieren. „Greenspan put“ (die Doktrin, die besagt, dass Blasenbildung ökonomisch wünschenswert sei) und „Quantitative Easing“ (der Aufkauf von Staatsschulden durch die Nationalbank über Inflation) gehören zum Instrumentarium dieses politischen Mandats. Der „Greenspan put“ bedient sich aber orthodoxer Instrumente, zum Beispiel der Geldmengenerweiterung und der Zinspolitik. Das „Quantitative Easing“ hingegen setzt auf andere, neue und unorthodoxe Massnahmen wie etwa Absichtserklärungen der Zentralbank und die Vermischung von fiskalischen (Staatsschuld) und geldpolitischen (Inflation) Instrumenten. Das Bargeldverbot wäre zwar nicht notwendigerweise ein Teil davon, aber eine passende Ergänzung dazu.

Die Europäische Zentralbank (EZB) oder die Schweizerische Nationalbank (SNB) sind auf lediglich ein Mandat ausgerichtet, nämlich die Stabilität des Währungssystems. Diese einseitige Verpflichtung auf ein „technisches“ Mandat hat diese Institutionen aber nicht daran gehindert, politisch tätig zu werden. Die EZB hat

¹⁰ Für eine liberale Kritik: Sudha Shenoy: A Note on Government Monopoly of Money in Theory and History. In: F.A. Hayek, Choice in Currency, Institute of Economic Affairs, 1976, S. 36ff. Für eine Kritik seitens des Mainstreams: Jens Weidmann: Papiergeld – Staatsfinanzierung – Inflation. Traf Goethe ein Kernproblem der Geldpolitik? Deutsche Bundesbank vom 18. September 2012.

¹¹ Vernon Smith: Toward Legitimacy: Strategic Institution Building. Rede gehalten im Cato Institut am 4.11.03. James Buchanan: Constitutional Efficiency and the European Central Bank. In: Cato Journal 24, 2004: 13-17.

ein eigenes Anleiheankaufprogramm lanciert und kümmert sich heute um die Stabilität Griechenlands. Die SNB führte eine asymmetrische Kursuntergrenze ein, um Schweizer Exporte anzukurbeln; als dies nicht mehr möglich war, führte sie Negativzinsen ein, um den Konsum anzukurbeln. Zwar wurden beide Eingriffe mit der Abwehr vor Deflation und „Spekulantentum“ begründet, doch die Stellungnahmen der SNB selber geben die (von der Politik und der SNB erwünschten) wirtschaftspolitischen Effekte und Ziele zu. Wenn die EZB und die SNB lediglich der Stabilität der jeweiligen Währung verpflichtet wären, dann würden sie nicht versuchen, den Konjunkturkreislauf mit inflationären Massnahmen zu beeinflussen. Sie handeln interventionistisch nicht, weil dies volkswirtschaftlich notwendig wäre, sondern weil sie politisch handeln wollen.

Die selbstinteressierte, nutzenmaximierende, politische Aktivität der Zentralbanken ist den liberalen Ökonomen suspekt. (So erklärt sich übrigens auch, warum diese Ökonomen oft einen Goldstandard bevorzugen: Eine Währung mittels eines nicht vom Monopolisten beeinflussbaren endlichen Guts zu verankern, befreit sie von ihrer Stellung als Spielball der Politik.) Die politische Dimension des Zentralbank-Monopolisten wird mit einem Bargeldverbot noch vergrößert: Dem politischen Monopolisten wird die Möglichkeit gegeben, direkt ins Konsumverhalten der Individuen einzugreifen.

Eine zweite Institution – eher ein Gemenge von Institutionen – ist in diesem Zusammenhang wichtig: die Politik. Freilich gibt es nicht „die Politik“, sondern ein Netzwerk verschiedener zum Teil überlappender, zum Teil sich widersprechender, zum Teil dynamisch alliierter Institutionen.

Welche Ziele verfolgen politische Akteure, oder: Wie maximieren politische Akteure ihren Nutzen? Man kann bei der Beantwortung dieser Fragen durchaus wohlwollend sein: Politikerinnen und Politiker aller Couleur scheinen sehr auf das Wohl der Allgemeinheit bedacht zu sein. Sie wollen, dass es den Bürgerinnen und Bürgern gut geht. Sie haben erkannt, dass Wirtschaftswachstum ein Faktor des Wohlergehens ist, weswegen sie stetiges Wirtschaftswachstum möchten. Sie wollen also keine Krisen oder Konjunkturschwankungen – analog zum oben zitierten Jim Leaviss.

Hier tritt aber das erste Problem auf, denn eine Verlangsamung des Wachstums, Rezessionen und Depressionen gehören zum natürlichen Lauf der Wirtschaft. Selbstverständlich impliziert dies keinen historischen Determinismus vom Typ „Krisen müssen kommen“. Auch bedeutet es nicht, dass es die Aufgabe der Politik wäre, Krisen zu kreieren. Aber genauso wie Unternehmen und Menschen Lebenszyklen haben, verschiedene Dispositionen und jeweils unterschiedliche Outputs, genauso zeigt die Wirtschaftsentwicklung unterschiedliche Phasen mit jeweils anderen Dynamiken auf. Es gibt Wachstum, es gibt aber auch das Umgekehrte. Mehr noch: Die Wirtschaft legt oft die Grundlage ihres künftigen Wachstums in der Bewältigung von

Schwächen und Krisen.¹² Im Übrigen: Ein makroökonomischer Abschwung bedeutet nicht, dass alle Individuen und Unternehmen sich im Abschwung befinden; auch ein Boom hat nicht ausnahmslos positive Folgen für alle. Aus der makroökonomischen Situation kann nicht auf eine individuelle Lage geschlossen werden.

Freilich: Die Bewältigung einer Krise ist alles andere als leicht, und sie trifft viele existentiell. Deshalb entsteht oft die Erwartung an die Politik, „etwas zu tun“. Die Unbestimmtheit dieser Forderung ist nicht nur negativ zu bewerten. Mindestens eröffnet sie der Politik die Möglichkeit, die Rahmenbedingungen zu verbessern, so dass Individuen und Unternehmen das tun, was sie am besten können: für sich sorgen. Doch die nutzenmaximierenden politischen Akteure halten nur wenig von dieser allgemeinen Verbesserung der Rahmenbedingungen. Für sie ist es rationaler, die Krise lösen zu wollen – am besten selber und im Alleingang. Rational bedeutet dabei, dass es ihnen die Wiederwahl sichert und/oder ihr Prestige erhöht und/oder ihre Macht über andere vergrößert.

Damit wären wir wieder am keynesianischen Ausgangspunkt angelangt. Während die liberale Schule möglichst viel Freiheit und Verantwortung den einzelnen Akteuren überlassen will und daher Krisenrezepte entwickelt, die weder kurzfristig noch glamourös und auch nicht im Alleingang umsetzbar sind, bietet der Keynesianismus viele Instrumente an, die vorgeben, kurzfristig zu wirken. Dabei blendet der Keynesianismus die langfristigen Kosten dieser kurzfristigen Interventionen aus. Zudem geht der Keynesianismus vom technokratischen Einsatz seiner Instrumente aus. Dies ist ein Fehler, weil es nicht Technikerinnen und Techniker sind, die über den Einsatz keynesianischer Politik entscheiden, sondern die Politik selbst. Diese gehorcht dabei nicht einer technischen Logik, sondern sie versucht, die selbstmotivierten und nutzenmaximierenden Ziele der jeweiligen politischen Institutionen – einschliesslich ihrer individuellen Teilnehmer – zu erfüllen. Zudem: Wenn hier die Rede von Keynesianismus ist, dann nicht in seiner Reinform, sondern von der vorher angesprochenen neoklassisch-keynesianischen Synthese, von jener volkswirtschaftlichen Lehrmeinung also, der von ziemlich allen politischen Lagern getragen wird und insbesondere auch von „big business“ und „der Wirtschaft“ favorisiert wird.

Keynesianische Instrumente wollen den Konsum ankurbeln. Mit mehr Konsum wächst die Wertschöpfung. Es ist gleichgültig, ob es der Konsum privater oder öffentlicher Haushalte ist, wichtig ist aus dieser Sicht, dass konsumiert wird. Andere wichtige Faktoren wie beispielsweise die Erhöhung der Kapitalproduktivität oder die Verbesserung der Arbeitsproduktivität oder auch die Innovation werden dabei ausgeblendet. Im Keynesianismus wird vor allem auf den kurzfristigen Konsum gesetzt. Die Unterscheidung nach den einzelnen Konsum-ankurbelnden Instrumenten ist dabei nebensächlich. Ob die Nationalbank die Geldmenge erhöht oder die Regierung mehr Geld ausgibt: Aus keynesianistischer Sicht kommt es aufs Gleiche heraus. Es

¹² Philipp Koellinger, Roy Thurik. „Entrepreneurship and the business cycle.“ In: Review of Economics and Statistics 94.4, 2012: 1143-1156. Der Klassiker dazu ist Joseph Schumpeter: The theory of economic development: An inquiry into profits, capital, credit, interest, and the business cycle. Vol. 55. Transaction publishers, 1934.

sind lediglich zwei unterschiedliche Akteure. Die Idee ist, mehr Geld in Umlauf zu setzen, was zu erhöhtem Konsum führt.

Das Ziel der Politik – wohlwollend ausgelegt – ist also, die Bürgerinnen und Bürger mit stetigem Wirtschaftswachstum zu bedienen und Krisen zu vermeiden. Dies wird durch Anreize zum Konsum und ständige Konsumankurbelung bewerkstelligt. Stetige Ausdehnung der Geldmenge ist ein solcher Anreiz. Wenn mehr Geld im Umlauf ist, erhöhen sich die gefühlten Vermögen und Einkommen. Gleichzeitig wird befürchtet, das Geld verlöre an Wert. Beides führt zu einer Konsumpräferenz und zum Aufbrauchen von Ersparnissen. Reicht die Vergrößerung der Geldmenge nicht aus, können die Zinsen niedrig oder auf null gehalten werden, so dass es keinen Sparanreiz gibt. Reicht auch das nicht aus, können die Zinsen negativ gesetzt werden, um aus dem Sparen Kosten zu generieren.

Das Problem der Konsum-ankurbelnden Politik über Nationalbanken ist: Die Marktakteure können sich wehren. Bei expansiver Geldpolitik können Menschen und Unternehmen einfach das Geld unangetastet behalten, beispielsweise in Bankkonten. Bei Negativzinsen kann das Geld immer noch abgehoben und bar gehalten werden. Gegen diese letzte Abwehrmöglichkeit hat die Zentralbank heute keine Mittel. Mit der Einführung des Bargeldverbotes entfielen diese Abwehrmöglichkeiten.

Die Vorstellung ist also: Mit dem Bargeldverbot könnte die Politik über die Zentralbank derart in die Wirtschaft eingreifen, dass stetiges Wachstum „garantiert“ wird. Dafür muss sie Anreize für den stetigen Konsum setzen, was sie mit einer erhöhten Geldmenge und mit Negativzinsen tut. Sollten sich einzelne Akteure entziehen wollen, indem sie Bargeld halten, wird dies durch das Bargeldverbot oder in seiner angemesseneren Form einer Bargeld-Enteignungs-Lotterie untersagt. Die Leute werden zum Konsum gezwungen. Ein ökonomisches Perpetuum Mobile scheint erfunden zu sein.

Was ist falsch am Bargeldverbot?

Kann dieses Perpetuum Mobile funktionieren? Gerade aus liberaler Sicht ergeben sich diverse Fragen und kritische Bemerkungen. Aber auch wenn man die üblichen Standpunkte des Keynesianismus (oder der ökonomischen Lehrmeinung) einnimmt, ist ein Bargeldverbot nicht frei von Problemen. Zum Abschluss sollen diese der Reihe nach skizziert werden.

Erstens: Das Argument der Klarheit über Transaktionskosten oder Bargeldhaltung des Geldes ist falsch. Das 10% Lotterierisiko enthält nicht alle Kosten der Bargeldhaltung, sondern im Gegenteil, die zusätzlichen 10% verursachen zusätzliche Kosten. Das Risiko, überfallen zu werden, bleibt; der Zinsverlust bleibt; der Schwund bleibt. Selbst wenn die 10% den Anspruch erheben würden, alle Kosten transparent zu machen, könnten sie es nicht. Denn die Kosten der Bargeldhaltung sind individuell verschieden. Sie hängen vom individuell zugeschriebenen Verwendungszweck des Bargeldes ab, und der ist demzufolge von Akteur zu Akteur verschieden. Genauso wie jede einzelne Person selbst darüber entscheidet, etwa wie

viel Brokkoli sie kauft und in den Kühlschrank stellt oder wie viel Geld sie für Bildung ausgibt, so entscheidet jede einzelne Person nach Massgabe ihrer Präferenzen und ihres erwarteten Nutzens, wie viel Bargeld sie hält und wie sie es einsetzt. Weil die Nutzenfunktion privat ist, ist der Kostensatz individuell.

Zweitens: Es ist befremdend, dass gerade Keynesianer (oder Lehrbuchökonom) mit einem Enteignungsvorschlag aufwarten. Keynesianer (und Neoklassiker) halten für gewöhnlich an der Wohlfahrtssteigerung eisern fest; auch daran, dass man niemanden schlechter stellen darf, um andere besser zu stellen. Wenn man aber bereit ist, 10% des Vermögens zu enteignen, hat man die Grenze von Keynesianismus überschritten. Der Hinweis, dass alle davon profitieren, wenn der Wirtschaftskreislauf so in Schwung gehalten wird, ist falsch und zynisch.¹³ Der Hauptsatz der Wohlfahrtsökonomie lässt keine kollektivistischen Lösungen zu. Die Vertröstung auf einen abstrakten Wirtschaftskreislauf kann – anders als beispielsweise der Hinweis auf eine Versicherung – dem Einzelnen nicht zugemutet werden.

Drittens: Ein System, das zum Konsum reizt und das Sparen bestraft, ist ungerecht gegenüber jenen, die sparen wollen. Vor allem ist es ungerecht gegenüber denen, die sparen müssen, um den sozialen Aufstieg für sich oder ihre Nachkommen zu ermöglichen. Damit werden diese schlechter gestellt. Es ist allerdings anzunehmen, dass sie erfinderisch sind. Schliesslich gibt es Leute, die für die Zukunft sparen, beispielweise für das eigene Alter, um ein Haus zu kaufen, um den Kindern eine Ausbildung zu ermöglichen etc. Sollten sie trotz Konsumzwang am Sparziel festhalten wollen, dann ist absehbar, dass sie vor allem Sachwerte kaufen werden, zum Beispiel Gold oder andere Rohstoffe. Diese Sachwerte übernehmen entweder die Funktion von Parallelwährungen oder „Vermögensspeichern“. Damit entstehen nicht nur „schwarze“ Finanzflüsse, sondern auch Blasen. Anders ausgedrückt: Wachstum kann langfristig nicht von Schuld getrieben sein, sondern erfordert Produktivitätsgewinne.

Viertens: Das System, das auf Konsum setzt, veranlasst einen irrational hohen Verbrauch von Ressourcen, weil das Sparen, das definitionsgemäss Konservierung beinhaltet, künstlich verteuert und der Konsum, also Verbrauch, künstlich verbilligt wird. Meist wittern jedoch gerade keynesianisch inspirierte Kreise beim Verbrauch von Ressourcen „Marktversagen“ und verlangen die sogenannte Internalisierung externer Kosten, d.h. die Verteuerung von Konsumgütern. Man will also die Akteure zum Konsum zwingen und die Güter teurer machen. Das stellt alle schlechter und verletzt alle Vorstellungen der Wohlfahrtsökonomie. Namentlich stellt es die Ärmeren schlechter als die Reicheren, weil sie die Ausweichmöglichkeiten in ihren Konsumentenscheiden weniger nützen können.

¹³ Auch das Kaldor-Hicks Theorem greift hier nicht. Es besagt, dass wenn die potenziellen Gewinner der Umverteilung in der Lage sind, die potenziellen Verlierer durch Kompensationszahlungen zu entschädigen, die kompensationsbegleitete Umverteilung wohlfahrtssteigernd wirkt. Im vorliegenden Fall kann es nicht greifen, erstens weil es nicht auf die Kosten der Umverteilung eingeht und zweitens weil ein Bargeldverbot nicht dazu führt, dass Wohlfahrtsgewinne so gross sind, dass auch nach der vollständigen Entschädigung der Umverteilungsverlierer ein marginaler positiver Nettogewinn übrig bleibt.

Fünftens, speziell für Liberale: Ein System, das auf Konsum basiert und gleichzeitig Null- oder Negativzinsen hat, ist nicht realistisch. Die Idee hinter einem solchen System geht nämlich davon aus, dass der reale Zins einer Wirtschaft negativ ist. Das ist unmöglich. Der reale Zins bildet die Risiken einer Wirtschaft ab. Negativer Zins hiesse, die Wirtschaft sei „supersicher“. Doch angesichts von Schuldenquote, Geldmengenausweitung und anderen Instrumenten sind die meisten Wirtschaften heute alles andere als „supersicher“. Gerade der stetige Konsumanreiz und die Bestrafung der Ersparnisse bauen die finanziellen Reserven einer Wirtschaft und deren Akteure ab, sodass sie im Krisenfall keinen Puffer haben. Eine Wirtschaft, die Negativzinsen hat und konsumiert oder gar zum Konsum verpflichtet, ist nicht „supersicher“, sondern „superfragil“.¹⁴

Sechstens: Dieser Typ Politik ist kurzfristig und blendet alle langfristigen Risiken aus. Dazu gehören: Hyperinflation durch massive Geldmengenausweitung, Verschuldung durch Negativzinsen, Unterdeckung der Sozialwerke durch Negativzinsen, Verlust von Kapital- und Arbeitsproduktivität durch Negativzinsen, Entstehung von Schattensektoren mit alternativen Zahlssystemen wegen des Bargeldverbots, Blasenbildung durch Überinvestition und Überverschuldung. Kurz: Diese Vorstellung blendet die Kosten der Utopie aus.

Siebtens: Ein solches System beruht auf einer Vielzahl von Annahmen. So wird beispielsweise angenommen, dass die dem Konsum unterliegenden Faktoren gleichbleiben. Das heisst, es kommt nie zu Knappheit, Katastrophen, Innovationen, neuen Technologien oder ähnlichem. Es wird im Übrigen auch angenommen, die Politik hätte höhere Fähigkeiten zur Erkenntnis als die Bevölkerung, denn die Politik könne nicht nur wissen, wie sich die Konjunktur entwickelt, sondern auch, wie auf individueller Ebene der Konsum anzukurbeln sei. Die Politik müsste also die Präferenzen- und Nutzenfunktion der Individuen antizipieren – sie also kennen, bevor die Individuen sich ihrer bewusst werden. An der Realitätsverträglichkeit dieser Massnahmen kann gezweifelt werden.

Achtens und letztens: Der Staat oder die Zentralbanken oder eine zentrale Planungsinstanz wollen den Menschen letztlich vorgeben, was sie zu konsumieren haben. Gerechtfertigt wird dies mit Wirtschaftswachstum: Wenn Menschen viel konsumieren, dann wachse die Wirtschaft. Wenn eine zentrale Stelle vorgibt, wie viel zu konsumieren ist, dann wächst die Wirtschaft planmässig. Das ist nicht ein versteckter Gruss der zentralen Planwirtschaft – das ist die Planwirtschaft höchstpersönlich.

Kann ein Bargeldverbot also funktionieren? Die Antwort ist nein. Noch ein letztes bleibt aber anzudeuten: Wie reagieren liberale Ökonomen auf Krisen? Die meisten anerkennen den Wert der Krise als Entdeckungsprozess und ihrer unterschiedlichen Dynamiken, auch wenn sie den Akteuren das Leben schwer machen. Machbare Massnahmen wären: Abbau unnötiger Besteuerungs- und Regulierungskosten, weil damit Effizienz gefördert wird; Schaffung von Märkten, in denen sich

¹⁴ Nach Angaben der BIS betragen die globalen Schulden im nicht-Finanzsektor um die 260% der globalen Wertschöpfung.

die Akteure frei – unter Tragung der Risiken – bewegen und die Garantie vom fundamentalen Recht auf Eigentum. Und das ist eben das Gegenteil von der schleichenden Enteignung durch Geldblase, Negativzins und Bargeldverbot.

Die Lage erinnert an die Oper „Das Rheingold“. Am Schluss ziehen die Götter triumphierend in Walhalla ein. Den Palast liessen sie mit mehrfacher (Staats-)Schuld und „Leverage“ bauen. Dafür gingen sie wörtlich über Leichen und raubten den Nibelungen das Rheingold. Die Götter haben Freude am eigenen Tun und am Produkt ihrer Machinationen. Doch in der letzten Szene treten die Nibelungen wieder auf, weinen und beklagen „des Goldes Raub“. Wotan instruiert Loge, die Rheintöchter zu trösten, und so sagt dieser: „Ihr da im Wasser, was weint ihr herauf? / Hört, was Wotan euch wünscht! / Glänzt nicht mehr euch Mädchen das Gold, / in der Götter neuem Glanze / sonnt euch selig fortan!“ Werden heute nicht allzu oft die Individuen und Unternehmen auf den Glanz der Politik und der Nationalbanken und der sie bewohnenden Technokraten vertröstet?

Doch in der Oper weinen die Nibelungen weiter und sagen – und so schliesst das Libretto: „falsch und feig ist, was dort oben sich freut.“ Sie sollten Recht behalten, denn die Götterdämmerung folgte alsbald und die Götter verbrannten in ihrem Walhalla.¹⁵



LIBERALES INSTITUT

Impressum

Liberales Institut
Rennweg 42
8001 Zürich, Schweiz
Tel.: +41 (0)44 364 16 66
Fax: +41 (0)44 364 16 69
libinst@libinst.ch

Alle Publikationen des Liberalen Instituts finden Sie im Internet unter www.libinst.ch.

Disclaimer

Das Liberale Institut vertritt keine Institutspositionen. Alle Veröffentlichungen und Verlautbarungen des Instituts sind Beiträge zu Aufklärung und Diskussion. Sie spiegeln die Meinungen der Autoren wider und entsprechen nicht notwendigerweise den Auffassungen des Stiftungsrates, des Akademischen Beirates oder der Institutsleitung.

Die Publikation darf mit Quellenangabe zitiert werden.
Copyright 2015, Liberales Institut.

¹⁵ <http://www.rwagner.net/libretti/rheingold/e-rhein-s4.html>